

Zehn Thesen zur Arbeit mit rechtsorientierten/rechtsextremen Jugendlichen

Die Frage, ob rechtsextreme Jugendliche eine spezifische Zielgruppe der Sozialarbeit sein sollen, ist innerhalb des Berufsfelds umstritten. Einige bejahen, andere verneinen, zumeist allerdings mit dem relativierenden Zusatz „ich könnte das nicht.“ Zehn Thesen zu einer schwierigen Thematik.

DSA Michael Bonvalot

Einleitende Bemerkungen zum Rechtsextremismus in Österreich und Europa

Rechtsextremismus ist in Österreich ein gesellschaftliches und politisches Massen-Phänomen. Seit den 1990er Jahren konnten rechtsextreme bzw. rechtsautoritäre Parteien in Österreich bei Wahlen bis zu knapp 30% der Stimmen erobern. Die Regierungsbeteiligung der FPÖ und ihre nachfolgende Spaltung bedeuteten zwar eine Zäsur, dennoch entsprechen die aktuellen Stimmen für dieses politische Spektrum weitgehend jenen von Ende der 1990er Jahre. Bei den Wahlen 2013 erreichten die rechtsextremen Parteien FPÖ und BZÖ gemeinsam mit der rechtsautoritären Partei von Frank Stronach 29,7 Prozent.

Diese Situation ist kein österreichisches Phänomen. Vor allem seit Anfang/Mitte der 1980er Jahre ist in Westeuropa ein verstärkter Trend hin zu rechtsextremen Parteien zu beobachten, neben Österreich etwa in Belgien, Frankreich, Italien, Deutschland, der Schweiz oder Norwegen.

Verantwortlich für diesen Aufstieg des Rechtsextremismus und Neofaschismus in Westeuropa waren und sind zunehmende gesellschaftliche Veränderungen. Vor allem muss hier die zunehmende Krisenhaftigkeit des Kapitalismus genannt werden, dessen langer Nachkriegsaufschwung in Westeuropa mit der Weltwirtschaftskrise 1974/75 beendet war. Diese Krise wurde in Form von größeren Entlassungswellen und Sparpaketen auf die lohnabhängige Bevölkerung abgewälzt (in Österreich etwa 1982 mit der Präsentation des sogenannten „Mallorca-Pakets“, das das Ende der SPÖ-Alleinregierung unter Bundeskanzler Kreisky einläutete).

Diese Entwicklung bedeutete enorme Unsicherheiten bei Lohnabhängigen, (Klein-)UnternehmerInnen und Bauern/Bäuerinnen. Die FPÖ lenkte ihre Propaganda gegen MigrantInnen und Minderheiten und konnte sich dabei auf vorhandene Werturteile in Teilen der Bevölkerung stützen, die (beispielsweise in den Kameradschaftsbünden) das Ende des Zweiten Weltkriegs in teils ungebrochener Kontinuität überdauert hatten. Wer zuvor bereits anfällig war für rechtsextreme Parolen, wählte diese nun auch. Ausgehend von traditionellen Hochburgen wie dem oberösterreichischen Innviertel, Vorarlberg oder Kärnten baute die FPÖ ihren Einfluss zuerst in ländlichen, später auch in städtischen Gebieten aus.

Es wäre allerdings verkürzt, rechtsextreme, diskriminierende und/oder autoritäre Denkmuster allein an der Wahlzustimmung zu rechtsextremen/rechtsautoritären Parteien festzumachen. So geht etwa die Forschungsarbeit „Die Europäische Wertestudie 1990-2010: Österreich im Vergleich“ von 55% der Bevölkerung mit einer „ausländer/-innenfeindlichen“ Grundhaltung aus.¹

Birgit Rommelspacher, Professorin an der Alice Salomon Hochschule (für soziale Arbeit) in Berlin prägte für diese Situation den Begriff „Dominanzkultur“ und führt aus: „Die sozialwissenschaftliche Diskussion um Nationalismus und Rassismus in unserer Gesellschaft hat ihre Zielgruppe gefunden: Es sind die rechtsextremen männlichen Jugendlichen, um die die wesentlichen Analysen kreisen. Das ist für mich bis zu einem gewissen Grad ein Ablenkungsmanöver. In der Konzentration auf diese Gruppen wird verschleiert, daß wir alle in einer rassistischen Gesellschaft leben, d.h. daß sich der Reichtum unserer Gesellschaft auf die Ausbeutung von Menschen aus andern Ländern stützt und zur Legitimation dieser Ausbeutung diese Menschen abgewertet und ausgegrenzt werden.“²

Die breite gesellschaftliche Zustimmung für rassistische Positionen wird durch die Politik der „Festung Europa“ in gesetzliche Form gegossen und macht den Rassismus salonfähig, indem ein „Wir und die anderen“ suggeriert und gesetzlich wie propagandistisch untermauert wird. Die Verantwortung für die breite Zustimmung zu rassistischen Positionen kann also keineswegs allein den rechtsextremen Parteien zugeschoben werden. Es sei etwa daran erinnert, dass Jörg Haider – wohl nicht zu Unrecht – den sozialdemokratischen Innenminister zwischen 1989 und 1995, Franz Löschnak, als seinen „besten Mann in der Regierung“ bezeichnen konnte.³

Rechtsextreme Positionierungen gegen MigrantInnen sind letztlich die Überhöhung eines allgemeinen Diskurses. (Jugendliche) rechtsextreme Denkmuster sind nicht schichtspezifisch, wir finden sie in städtischen wie in ländlichen Räumen, in ArbeiterInnenbezirken wie in noblen Villen, in Elitegymnasien wie in Allgemeinen Sonderschulen. Es handelt sich um ein politisches Phänomen. Die Sozialarbeit soll sich mit diesem Phänomen natürlich auseinandersetzen und inhaltliche Antworten entwickeln. Diese werden aber in einem breiteren politischen Feld bewegen müssen, um das Phänomen zu fassen.

1. Rechtsextremismus ist eine ideologische Position, kein Defizit

Sozialarbeit kommt im professionellen Kontext auf vielen Ebenen in Kontakt mit dem Phänomen des Rechtsextremismus. Rechtsorientierte/rechtsextreme Jugendliche (bzw. Erwachsene) werden immer wieder aufgrund bestimmter Problemlagen AdressatInnen der Sozialarbeit sein, etwa in einem Jugendzentrum, einer Beratungseinrichtung oder im Rahmen der TäterInnenarbeit (wo sie allerdings mit ihren Taten bzw. Überzeugungen konfrontiert werden).

Ausschließlich im Jugendbereich aber werden rechtsorientierte/rechtsextreme Jugendliche auch als potentielle eigenständige Zielgruppe der sozialen Arbeit verstanden. Rechtsextremismus an sich ist allerdings kein Grund für eine sozialarbeiterische Intervention – jemand kann ein funktionierendes soziales Umfeld und keinerlei soziale Nöte haben und dennoch rechtsextrem sein. Rechtsextremismus ist eine politische Positionierung, die auch als solche verstanden werden sollte.

Natürlich braucht die Sozialarbeit auch Antworten auf die Frage, welchen Umgang sie mit einzelnen rechtsextremen KlientInnen in ihren Einrichtungen finden kann und soll. Hier Handlungsstrategien zu entwickeln, würde allerdings den Rahmen dieser Publikation sprengen. In diesen Thesen wird also der Focus darauf gelegt, inwieweit rechtsextreme Jugendliche und Jugendgruppen eine spezifische Zielgruppe der Sozialarbeit mit auf sie zugeschnittenen Angeboten sein sollen bzw. mit welchen Problemfeldern sich eine solche Sozialarbeit konfrontiert sieht.

2. Rechtsextremismus als solchen begreifen und ernst nehmen

Es findet in der (akzeptierenden) Jugendarbeit in vielen Fällen eine entpolitisierte und individualisierende Darstellung von FaschistInnen als „Desorientierte“ statt bzw. es wird deren politische Agenda kleingeredet. Diese Sichtweise von den „ModernisierungsverliererInnen“ macht AkteurInnen zu Opfern und nimmt ihnen die Eigenverantwortung. In Handlungsfeldern der Sozialarbeit, wo mit TäterInnen gearbeitet wird, wird zu Recht davon ausgegangen, dass Problem- bzw. Schuldeinsicht ein wesentliches Ziel ist. Das sollte auch hier gelten.

Die bereits zitierte Birgit Rommelspacher schreibt: „Meist wird in der Diskussion der Rechtsextremismus als Symptom für etwas anderes verstanden - als Ausdruck von Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit oder Protest. Er wird aber selten als in der Tradition von Nationalismus und Überlegenheitsdenken wahrgenommen, die auch in den Familien, im sozialen Umfeld und in der Politik vorherrscht. (...) Die meisten Jugendstudien hingegen gehen beim Rechtsextremismus von psychosozialen Problemlagen aus. Ich möchte entgegenhalten, daß dies primär ein politisches Phänomen ist, das durch soziale Probleme zwar verschärft werden kann, aber nicht hergestellt wird; sonst müßten alle Arbeitslosen nach rechts tendieren, und das ist keineswegs der Fall. Auch Menschen in beruflich und sozial stabilen Verhältnissen tendieren nach rechts. Denn in erster Linie ist es eine Frage der Mentalitätstraditionen und der politischen Kultur.“⁴

SozialarbeiterInnen halten sich in Diskussionen mit Rechtsextremen oft für „moralisch“ überlegen. Das führt zur Vorstellung, dass die eigenen Ideen schlicht „besser“ wären und somit die andere Person ohnehin nur mit Informationen versorgt werden müsse. Doch drehen wir die Sache um: es ist gut möglich, dass ein gut geschulter rechtsextremer Kader eine/n progressive/n SozialarbeiterIn argumentativ in Bedrängnis bringt – dennoch würde es wohl kaum dazu führen, dass diese/r Kollege/in danach rechtsextrem wird. Die vermeintlich stärkeren Argumente zu haben, bedeutet also noch lange nicht, dass die andere Person keine eigenständigen politischen Überzeugungen hat.

Zumeist wird in der Sozialarbeit der Begriff Rechtsorientierung verwendet. Er findet sich dabei in Abgrenzung zum Terminus „Rechtsextremismus“. Wo er sich genau abgrenzt, bleibt allerdings offen. Am ehesten kann mit „Rechtsorientierung“ die Idee gefasst werden, dass (noch) kein „geschlossenes“ rechtsextremes Weltbild vorhanden ist und/oder das Weltbild der KlientInnen noch im Wandel begriffen wäre. Die erste Annahme aber würde bedeuten, dass nur „Kader“ rechtsextrem oder neonazistisch sein können, also jene, die die Theorie völlig kohärent wiedergeben können – was wohl in den 1930er Jahren auch manchen SA-Mann stark überfordert hätte. Der zweiten Annahme, also jener der Veränderbarkeit, ist mehr abzugewinnen, doch ist die Veränderbarkeit eines Weltbildes per se ja noch kein Widerspruch dazu, dass es zu einem bestimmten Zeitpunkt vorhanden ist. (Abgesehen davon, dass selbstverständlich auch faschistische Kader ihr Weltbild hinterfragen und „aussteigen“ können – diese sollten im Übrigen dabei natürlich unterstützt werden.)

Schließlich ist es sicher kein Zufall, dass wir dem Begriff „Orientierung“ eigentlich nur im Feld des Rechtsextremismus begegnen, nicht aber „linksorientierten“ oder „konservativorientierten“ Jugendlichen. Deren Werthaltung wird als solche wahr- und ernstgenommen.

Es kann natürlich sinnvoll sein, die Schattierungen des Weltbildes bzw. dessen Geschlossenheit auch begrifflich abzubilden. Insgesamt ist dennoch zu hinterfragen, inwieweit der Begriff „Rechtsorientierung“ eine immanente Tendenz der Verharmlosung birgt.

3. Der Ansatz der akzeptierenden Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen hat den Praxistest nicht bestanden

Die Sozialarbeit agiert im Feld Rechtsextremismus/Rechtsorientierung zumeist mit dem Instrument der „akzeptierenden Arbeit“ (AA). Dieses Instrument kommt aus der Arbeit mit Menschen mit Suchterkrankungen und wurde dort erarbeitet, um mit KlientInnen zu arbeiten, ohne deren Konsum sofort in Frage zu stellen. Ein Instrument, das für Menschen mit einer Erkrankung entwickelt wurde, wurde also in Folge einer politischen Fragestellung zugeordnet – und trägt somit auch dazu bei, sie zu entpolitisieren und pathologisieren.

Entwickelt wurde dieser Ansatz von Professor Franz Josef Krafeld an der Universität Bremen Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre. Populär wurde er vor allem als Reaktion auf das Erstarken der Neonazi-Szene in Ost- und Westdeutschland nach dem Zusammenbruch der DDR.^{5 6} Krafeld benannte dabei sieben praxisleitende Grundsätze, unter anderem:

- Sozialisations- und Alltagshilfe: Die Jugendlichen benötigen nicht andere Ideologien, sondern konkrete Hilfen im Alltag.
- Selbstorganisation und -verwaltung: Jugendliche benötigen freie Verfügung über ihre Räume, sodass sie produktiv und gestalterisch tätig sein können und sich so ihre Lebensumwelt aneignen.
- Grenzen setzen: Wo Gefahr besteht, dass deutliche körperliche und physische Gewalt angewendet wird, rechtsextreme Propaganda-Wirkungen beabsichtigt werden und SozialarbeiterInnen zur Deckung oder Mitwirkung von rechtswidrigen Aktivitäten instrumentalisiert werden, sollen die SozialarbeiterInnen Grenzen ziehen (ohne jedoch auszugrenzen). Grenzziehungen dürfen vor allem aber nicht durch Cliques hindurch verlaufen, da diesen eine besondere Rolle bei der Identitätsbildung zugesprochen wird.
- Strategien politischer Einmischung: Jugendliche sollen sich an kommunalen Infrastrukturprozessen beteiligen. Dies ist als Strategie gegen die Skandalisierung Jugendlicher in manchen Medien und Teilen der öffentlichen Wahrnehmung gedacht, die der Skandalisierung sozialer und politischer Misstände entgegensteht, da diese als gewalt- und auffälligkeitsfördernd beurteilt wird.⁷

Entscheidend in der Arbeit mit rechtsorientierten/rechtsextremen Jugendlichen ist für Krafeld also, wie er in der ersten hier genannten These ausführt, nicht eine Veränderung der Ideologie, sondern Hilfe und Unterstützung. Rechtsextreme Jugendliche sollen sich sogar politisch artikulieren gegen ihre „Skandalisierung“. Wenn SozialarbeiterInnen Propaganda-Wirkungen bemerken, sollen sie zwar Grenzen ziehen, ohne aber die Cliques auseinanderzureißen und ohne auszugrenzen. Im Klartext: ohne die Kader von ihren potentiellen RekrutInnen zu trennen.

Der Durchbruch für diesen Ansatz kam ab 1992, als die konservative Politikerin Angela Merkel, damals Jugendministerin, heute deutsche Bundeskanzlerin, das sogenannte „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ für die ostdeutschen Bundesländer forcierte.⁸ Es ist dabei sicher kein Zufall, dass gerade die CDU-Politikerin Merkel einen entpolitisierenden Ansatz wählte (und auch bereits im Titel das Wort Rechtsextremismus vermieden wurde). Im Rahmen dieses Programms wurde für die akzeptierende Arbeit auf breiter Front Ressourcen und Geld zur Verfügung gestellt.

Dieser Ansatz endete in einer Katastrophe – real sollte in der Praxis ein Gutteil der Mittel dem Aufbau rechtsextremer Strukturen dienen. Das Ziel vieler Projekte war lediglich, die auffällige Gewalttätigkeit aus dem öffentlichen Raum zu drängen (und nicht einmal das wurde zumeist erreicht). Eine Auseinandersetzung mit den Inhalten, Wertvorstellungen und mit den Taten fand nicht oder nur sehr begrenzt statt. Das hatte fatale Konsequenzen: Jugendzentren fungierten in vielen Städten als zentrale Orte für rechtsextreme Rekrutierungsarbeit und Politik-Vermittlung, JugendarbeiterInnen begleiteten die Anreise zu Neonazi-Demonstrationen, in mehreren Fällen wurden sogar NS-Kader als JugendarbeiterInnen angestellt. Die AA war ein wesentlicher Faktor für das Erstarken rechtsextremer Organisationen in den sogenannten „Neuen Bundesländern.“⁹

Beispielhaft sei die Situation im ostdeutschen Magdeburg genannt, wo der Jugendclub „Alexis Kiwi“ 1992 sogar Ausgangspunkt des politisch motivierten Mordes an Torsten Lamprecht durch Neonazis wurde.¹⁰ Als die ehemalige – sich selbst als eindeutig antifaschistisch verstehende – Dompredigerin Waltraut Zachhuber 2007 zur Magdeburgerin des Jahres ernannt wurde, veröffentlichte die neonazistische NPD folgenden Text: „Waltraut Zachhuber – wir sagen Danke! (...) Unter dem Motto der akzeptierenden Jugendarbeit wurde der Nationalen Jugend ein Anlaufpunkt geboten. Bis zum Ende der 1990er Jahre entwickelte sich der ‚Brunnen‘ zu einem Dreh- und Angelpunkt für die nationale Bewegung in Sachsen-Anhalt. Auch nationale Musikgruppen fanden hier ihre Heimat und konnten Dank der Proberäume ungestört und professionell für ihre Auftritte proben.“¹¹ Die NPD fand damit leider äußerst treffende Worte für die Rolle der AA in Magdeburg – und darüber hinaus.

4. Alle Ansätze in der akzeptierenden Arbeit mit rechtsextremen/rechtsorientierten Jugendlichen haben gemeinsame Problemlagen

Dem Ansatz der reinen Versorgung widersprach in Folge aufgrund der gemachten Erfahrungen sogar F.J. Krafeld selbst. 1999 bestand er in einem Interview auf eine Orientierung auf politische Veränderung der KlientInnen: „Es ist entscheidend, nicht nur mit einer pädagogischen Zielsetzung und Motivation an die Arbeit heranzugehen, sondern auch mit einer politischen. Und diese politische Position muss offensiv gegenüber den Jugendlichen vertreten werden.“¹²

Die sozialarbeiterischen AkteurInnen im Feld der akzeptierenden Arbeit mit rechtsextremen/rechtsorientierten Jugendlichen haben unterschiedliche Ansätze. Es gibt einen Bogen von jenen, die den Wunsch zu einer Veränderung des Weltbilds der KlientInnen haben bis zu jenen, die der Meinung sind, wenn die KlientInnen gut versorgt sind, sei damit ihr Auftrag erfüllt. Dennoch gibt es übergreifende Problemlagen in diesem Handlungsfeld, die alle dort tätigen SozialarbeiterInnen bzw. Einrichtungen betreffen, unabhängig von ihrer subjektiven Motivation.

5. Sozialarbeit mit der Zielgruppe „rechtsextreme Jugendliche“ kann den Ausstieg erschweren

Sozialarbeit wird für AdressatInnen interessant, wenn sie ein Angebot und einen Mehrwert schafft. Wenn eine Einrichtung, ein Träger oder ein Finanzgeber eine Zielgruppe definieren, gehen damit Ressourcen für diese Zielgruppe einher, seien diese personeller, finanzieller, infrastruktureller oder anderer Natur.

Im Kontext der Jugendarbeit bedeutet das zumeist (unter anderem) das Angebot von Räumen und/oder Infrastruktur, von Unterstützung bei Job- und/oder Wohnungssuche, gemeinsame Freizeitaktivitäten, erlebnispädagogische Erfahrungen sowie rechtliche Beratung (vor allem Letzteres birgt unter Berücksichtigung der Parteilichkeit natürlich im Fall rechtsextremer TäterInnen eine hohe Brisanz).

Wenn rechtsextreme/rechtsorientierte Jugendliche als spezifische Zielgruppe definiert werden, bedeutet das einen Benefit für die AdressatInnen aus dieser Gruppe. Es bietet Vorteile, Teil dieser Zielgruppe zu sein und Nachteile, es nicht (mehr) zu sein. Ein Ausstieg wird so erschwert – außer es würde der eher unwahrscheinliche Fall gelingen, die gesamte jeweils definierte Zielgruppe/Peergroup zum kollektiven Ausstieg zu bewegen. Eher ist von einer Peer-Wirkung auszugehen, die die Jugendlichen tiefer in die Szene zieht.

6. Akzeptanz und damit Enttabuisierung unterstützt langfristig die Stabilisierung rechtsextremer Strukturen

Wenn SozialarbeiterInnen zulassen, dass in ihren Einrichtungen faschistische Musik gespielt wird, faschistische Symbole gezeigt werden oder ein entsprechender Diskurs vorherrscht, ignorieren sie nicht nur die Wirkung auf und ausgrenzende Wirkung für (potentielle) Opfer, sondern sie enttabuisieren damit auch den Faschismus – und machen ihn so salonfähig für die Folgegeneration jugendlicher KlientInnen. (Wohlgemerkt: dies gilt für jede Form rechtsextremer Positionen, also genauso etwa für die türkischen „Grauen Wölfe“ oder die kroatische „Ustaša“.)

Gerade dem Abspielen von sogenanntem Rechtsrock in Einrichtungen der Sozialarbeit wird oft wenig bis keine Beachtung geschenkt, obwohl diese Musik ein starkes ideologiebildendes Rekrutierungsmoment darstellt. Thorsten Heise, Mitglied des Bundesvorstandes der neonazistischen NPD und Betreiber eines Musikversandes sagt etwa: „Eine gut gemachte CD ist definitiv weitaus besser als ein gut gemachtes Flugblatt“.¹³ Wenn Einrichtungen also NS-Propaganda in schriftlicher Form nicht dulden würden, sollte das genauso für die gesungene Form gelten.

Langfristig werden durch Akzeptanz-Haltungen rechtsextreme Strukturen befördert und verfestigt. Und es gibt für diese These der Verfestigung durch Akzeptanz (leider) genügend Anschauungsmaterial: Beispielhaft sei ein absolutes Vorzeigeprojekt der akzeptierenden Arbeit genannt, die resofabrik in Tostedt im Großraum Hamburg. Diese Einrichtung, die seit 1995 besteht, hat eine hohes Maß an (Mit-)Verantwortung dafür, dass Tostedt mittlerweile als Hochburg der deutschen Neonazi-Szene gilt.¹⁴

7. Räumliche Ressourcen sind eine wesentliche Stütze für den Aufbau rechtsextremer Strukturen

Insbesondere räumliche Ressourcen schaffen die Möglichkeit zu Vernetzung, Austausch und Stärkung des Zusammenhalts. Sie sind damit im Feld der Arbeit mit rechtsextremen/rechtsorientierten Jugendlichen ein perfekter Rekrutierungsboden für die organisierte Nazi-Szene bzw. deren Entstehen. Jüngere kommen mit älteren in Kontakt, weniger vernetzte mit jenen, die bereits in Strukturen eingebunden sind. Es eröffnet sich ein Treffpunkt für ein breiteres Einzugsgebiet, wo bisher vereinzelt rechtsorientierte/rechtsextreme Jugendliche oder Kleingruppen einander kennenlernen können. Die Rekrutierung oder Verabredung für politische Aktivitäten muss natürlich nicht unbedingt in den Räumen der akzeptierenden Arbeit stattfinden – doch dort werden die Kontakte geknüpft.

Was sich in Folge potentiell aus solchen Raumangeboten entwickeln kann, zeigt ein besonders drastischer Fall: die berüchtigte Neonazi-Vereinigung „Thüringer Heimatschutz“ (THS) hatte ihre erste Anlaufstelle in einem Stadtteil- und Jugendzentrum in Saalfeld.¹⁵ Aus dem THS gründete sich später die Terror-Organisation NSU (Nationalsozialistischer Untergrund).¹⁶

Aufsuchende Arbeit ist also in jedem Fall einem Raumangebot vorzuziehen. Doch auch die aufsuchende Arbeit unterliegt prinzipiell dem gleichen Problem – nämlich, dass sie dann interessant wird, wenn sie Angebote hat. Sie ist parteilich und unterstützt ihre KlientInnen. In einem Interview mit dem Autor dieses Artikels im Jahr 2000 äußerte sich etwa eine Sozialarbeiterin einer Einrichtung der aufsuchenden Jugendarbeit in Wien kritisch zur Vertreibung von rechtsextremen Skinheads vom Wiener Schwedenplatz.¹⁷ Der Schwedenplatz allerdings galt genau wegen dieser hochaggressiven und gewaltbereiten Gruppe von Rechtsextremen über Jahre als äußerst gefährliches No-Go-Areal für „alternativ“ aussehende Jugendliche und für (jugendliche) MigrantInnen.¹⁸

8. Die Inklusion rechtsextremer Positionen bedeutet die Gefahr der Exklusion derer, die davon betroffen sind

Was einerseits inkludiert, kann andererseits exkludierend wirken. Wenn eine Einrichtung den Schwerpunkt auf rechtsextreme/rechtsorientierte Jugendliche (deutscher Muttersprache) legt bzw. deren Dominanz akzeptiert, werden sich dort MigrantInnen, Jugendliche mit LGBT-Orientierung oder linksalternative Jugendliche kaum mehr wohl fühlen – oder aktiv verdrängt werden. Wiederum gilt diese Problemstellung natürlich nicht nur für muttersprachlich deutsche Rechtsextreme, sondern ebenso für faschistische Strömungen aus anderen Herkunftsgebieten und deren Feindbilder – die Symbole der „Grauen Wölfe“ (der Wolf bzw. die drei Halbmonde) am T-Shirt sind nicht weniger problematisch als das Keltenkreuz oder der Code „88“.

Im Regelbetrieb geht diese Exklusion dann allerdings oft unter, weil die Einrichtung ohnehin gut gefüllt ist. Doch die Sozialarbeit sollte sich nicht nur fragen, ob eine Einrichtung oberflächlich funktioniert, sondern auch, wer die Einrichtung nicht frequentiert oder frequentieren kann.

9. Alternative sozialarbeiterische Strategien sind möglich

Rechtsextreme Ideen unter Jugendlichen zurückzudrängen, ist – und hier schließt sich der Kreis – eine gesamtgesellschaftliche Fragestellung. Solche Überzeugungen werden primär in der Sphäre des Politischen bearbeitet werden müssen und nicht genuin sozialarbeiterisch. Dennoch kann auch die Sozialarbeit bestimmte Modelle, Ideen, Projekte beisteuern.

Beispielhaft sei ein relativ neues Projekt genannt, die Fanarbeit des Fußballvereins FC Wacker Innsbruck. Die organisierten Fangruppen von Wacker Innsbruck sind bekannt für eine antirassistische Grundhaltung, die auch im Stadion breiten Raum bekommt. Aus dieser Selbstorganisation der Fans ist ab Dezember 2011 das Projekt „Fanarbeit Innsbruck. Sozialarbeit mit Fußballfans“ entstanden. Die Sozialarbeit ist dabei gleichzeitig auch Anti-Diskriminierungsarbeit. Das Rahmenkonzept legt als eine zentrale Zielsetzung der Fan-Arbeit das „Aufbrechen von fremdenfeindlichen Gesinnungen“ fest.¹⁹ Die Sozialarbeit ist parteiisch mit den Fans, gibt aber auch klare ethische Zielsetzungen für die eigene Arbeit vor.

Auch für die nicht-aufsuchende Jugendarbeit wäre dieses Modell beispielhaft. Stellen wir uns ein Jugendzentrum vor, bestens ausgestattet, mit kinder- und jugendgerechten Öffnungszeiten. Dieses Zentrum beinhaltet verschiedenste Indoor- und Outdoorangebote vom Discokeller über den Volleyballplatz bis zur Lernhilfe. Es gibt in diesem Zentrum also buchstäblich alles. Nur eines gibt es nicht: Rechtsextremismus. Rechtsrock und rechte Symbole sind untersagt. Diskriminierende Aussagen (bspw. in Hinblick auf Geschlecht, Herkunft, sexuelle Orientierung oder Behinderungen) werden konsequent thematisiert und nicht hingenommen. Parallel gibt es laufend altersadäquate Aufklärung zu Rassismus, Sexismus und Homophobie.

Das Zentrum ist Treffpunkt von Initiativen gegen die verschiedenen Formen von Diskriminierung, setzt hier auf Empowerment und engagiert sich in der Flüchtlingsarbeit. Es legt den Focus vor allem auf diejenigen, die von rechtsextremer Gewalt bzw. Dominanz im öffentlichen Raum betroffen sind. Und es unterstützt diejenigen, die eine konträre Position einnehmen. Das Zentrum ist also klar positioniert.

Politisierte rechte Jugendliche würden vielleicht bewusst fernbleiben – letztlich also jene, die in der AA mit rechten Jugendlichen oft die Nicht-Präsenz anderer verantworten – doch die große Masse würde die vielfältigen Angebote wohl dennoch gern nutzen (Das trifft vor allem, aber nicht nur für ländliche Räume bzw. Stadtränder mit wenig Alternativen zu). Kinder und Jugendliche würden dort über Jahre mit einer Ethik der (internationalen) Solidarität und des Miteinander in Berührung kommen.

Über längere Zeiträume gedacht, kann ein solches Angebot in einem breiteren Umfeld nachhaltig stimmungsverändernd wirken. Und das wäre ein sehr gelungener Beitrag der Sozialarbeit zur Problematik des Rechtsextremismus.

10. Arbeit in einem politischen Feld erfordert politisches Bewusstsein

Rechtsextremismus und Neonazismus sind eine politische Antwort auf Fragen, die die Gesellschaft aufwirft.

SozialarbeiterInnen sind also auch darin gefordert, sich selbst über das Funktionieren dieser Gesellschaft klar zu werden und auf die Fragen gerade von jugendlichen KlientInnen auch Antworten zu haben.

Wenn etwa Jugendliche rassistische Positionen einnehmen, sollten die handelnden SozialarbeiterInnen mehr als „Ausländer sind auch Menschen“ von sich geben können. Sie sollten die Mechanismen von Vorurteilen, ihre Funktion, ihren Hintergrund, wirtschaftliche und gesellschaftliche Abfolgen, etc. zielgruppenadäquat erklären können. Das bedeutet in Konsequenz auch, Stellung zum gesellschaftlichen Reichtum und zu seiner Verteilung in der Gesellschaft zu beziehen.

Diese These begleitet die Sozialarbeit im Übrigen bereits seit Jahrzehnten, bereits 1973 beschrieb der damalige Klassiker der kritischen Sozialarbeit „Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen“ die Notwendigkeit der politischen Komponente, da ansonsten SozialarbeiterInnen ausschließlich „emotionale Freundes- und Liebedienste“ leisten würden.²⁰ Hier bedarf es natürlich auch der entsprechenden Aus- und Weiterbildung.

Professionelle Sozialarbeit muss ein Verständnis aufbringen für die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Denn es geht eben nicht nur um die Mikroebene, sondern auch um die Makroebene – um die Verhältnisse, in denen wir uns bewegen und agieren. Und im Idealfall darum, dazu beizutragen, diese Verhältnisse zum Besseren zu verändern.

Zum Autor:

DSA Michael Bonvalot arbeitet seit dem Abschluss der Sozialakademie der Stadt Wien im Jahr 2001 in Wien mit der Zielgruppe Jugendliche und junge Erwachsene sowohl deutscher wie nicht-deutscher Muttersprache. Seine Diplomarbeit schrieb er zum Thema „Grundprobleme einer Sozialarbeit mit rechtsorientierten/rechtsextremen Jugendlichen“. Abseits der beruflichen Arbeit engagiert er sich ehrenamtlich in verschiedenen antirassistischen und antifaschistischen Initiativen und ist u.a. Vorstandsmitglied im Verein Kulturzentrum Spittelberg („Amerlinghaus“).

¹ http://werteforschung-pt-ktf.univie.ac.at/fileadmin/user_upload/i_pt_ktf_werteforschung/Grafiken/Grafik_28_Index_Ausl%C3%A4nderfeindlichkeit.pdf (abgerufen am 01.02.2014)

² <http://www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Buecher/Herrenvolk/K4.htm> (abgerufen am 12.02.2014)

³ <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-9247864.html> (abgerufen am 01.02.2014)

⁴ Jungle World, 9.6.1998, zitiert nach Bonvalot, Grundprobleme einer Sozialarbeit mit rechtsorientierten/rechtsextremen Jugendlichen, Diplomarbeit, Wien, 2000, S. 107

⁵ Siehe unter anderem: Franz Josef Krafeld, Erfahrungen einer „akzeptierenden Jugendarbeit“ mit rechten Jugendcliquen, Bremen 1993, abrufbar unter <http://tinyurl.com/nk6fuht> (abgerufen am 21.01.2014)

⁶ http://www.ida-nrw.de/paedagogische-arbeit/akzeptierende-jugendarbeit/akzeptierende-jugendarbeit_2.html (abgerufen am 01.02.2014)

⁷ <http://www.stattweb.de/baseportal/ArchivDetail&db=Archiv&id=1036> (abgerufen am 01.02.2014)

⁸ Antifaschistisches Infoblatt 44/1998

⁹ Vergleiche: http://www.ida-nrw.de/paedagogische-arbeit/akzeptierende-jugendarbeit/akzeptierende-jugendarbeit_2.html (abgerufen am 01.02.2014)

¹⁰ <http://zkstuttgart.blogspot.de/2013/09/03/magdeburg-eine-andere-stadt-eine-rassistische-stadt-oder-traurige-normalitaet/> (abgerufen am 01.02.2014)

¹¹ <http://magdeburg-nazifrei.com/?p=2182> (abgerufen am 01.02.2014)

¹² Taz, 25.09.1999

¹³ <http://www.ida-nrw.de/hintergrundwissen/musik/rechtsrock/> (abgerufen am 11.02.2014)

¹⁴ Vgl. blog.zeit.de/stoerungsmelder/2010/10/04/landfriedensbruch-in-braunem-nest_4659 (abgerufen am 12.11.2013)

¹⁵ Antifaschistisches Infoblatt 44/1998

¹⁶ Vgl. www.spiegel.de/panorama/nsu-40-v-leute-im-thueringer-heimatschutz-a-853927.html (abgerufen am 12.11.2013).

¹⁷ Vgl: Bonvalot, Grundprobleme einer Sozialarbeit mit rechtsorientierten/rechtsextremen Jugendlichen, Diplomarbeit, Wien, 2000, S. 89ff

¹⁸ Vgl. beispielsweise http://www.no-racism.net/old/staatsrassismus/16jaehriger_bewusstlos040401.htm (abgerufen am 11.02.2014)

¹⁹ <http://www.faninitiative.at/fanarbeit/rahmenkonzept> (abgerufen am 03.02.2014)

²⁰ Vgl. Hollstein, Sozialarbeit im Kapitalismus in: Hollstein, Meinhold (Hrsg.): Sozialarbeit unter kapitalistischen Produktionsbedingungen, 5. unveränderte Auflage, Bielefeld 1980